

Arbeiterzeitung

Einzelnnummer 10 Pfennig
Zwei Jahrgangshälften und in allen Klassen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bestandpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprechkomm. 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel-Schriftleitung: Dresden-21, Oberbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang
Sonntag, den 14. August 1926
Nummer 177

Die Wahlparole für die schwarz-weiß-rote Einheitsfront in Sachsen

Je näher die Landtagswahlen heranzücken, um so lauter ertönt im Lager des sächsischen Bürgertums der Ruf zur Herstellung der einheitlichen schwarz-weiß-roten Einheitsfront. Die Schattierungen der bürgerlichen Parteien, eine geschlossene Front gegen die Arbeiter zu bringen, sind fast täglich in der bürgerlichen Presse ihren Niederschlag gefunden. Sie sind geboren aus der Erkenntnis, daß die Verhinderung der Krise die Radikalisierung der Arbeiter im Gefolge hat, die zweifellos dem Wahlergebnis bei den kommenden Landtagswahlen ihren Stempel aufdrücken wird.

Deshalb rüft die Bourgeoisie und bereitet sich vor, in den kommenden Auseinandersetzungen eine günstige Position zu schaffen. Sie versucht, gegenüber dem Willen der Arbeiter noch vor Einsetzung der Wahlparolen die schwarzen-weißen-rotten Parteien zu zerschlagen. Wie vor wenigen Tagen erschien in der bürgerlichen Presse der Aufruf der sächsischen Delegation, eine gemeinsame Wahlfront aller bürgerlichen Parteien zu schaffen. Dieser Aufruf hat die Deutschnationalen, die Volkspartei und die neu gegründete Völkisch-Sozialistische Arbeiterpartei zum gemeinsamen geantwortet. Die Wahlparole, die bisher eine abweisende Antwort erhielt, hat nun neuerdings mitgeteilt, daß nach dem zweiten Aufruf der bürgerlichen Parteien die Möglichkeit weiterer Einigungsverhandlungen offen gelassen. Sie sollen in der nächsten Zeit geschlossen werden. Die Bestimmungen im Lager des Bürgertums zum Zusammenschluß einer einheitlichen Front gegen die Arbeiter werden verständlich, wenn man weiß, daß bei den kommenden Landtagswahlen eine ganze Anzahl bürgerlicher Wahlparolen in Erscheinung treten werden. Neben die der Landtagswahl im Jahre 1922 und 3 bürgerliche Parteien - Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten - ist in diesem Jahre damit zu rechnen, daß außer diesen Parteien noch das Zentrum, die Völkisch-Sozialistische Arbeiterpartei, die Hausbauernpartei, die unter dem Namen Wirtschaftspartei leidet und die Evangelische Partei eigene Listen aufstellen, falls eine Einigung zur schwarz-weiß-roten Einheitsfront nicht zuwege kommt.

Die „Republik“ Neuen Nachrichten“ veröffentlichten gestern einen jüngeren Aufruf, worin sie den dringenden Warnungsruuf ausstößt, das Bürgertum möge doch endlich aus dem „Drahtgitter“ parteipolitischer Feindschaft herauskommen und die einheitliche Front des Bürgertums herstellten unter der gemeinsamen Wahlparole: „Wie wieder der Sowjetjacobin“. Unter dieser Parole glaubt man, die schwarz-weiß-rote Front den Arbeitern entgegenzuwerfen zu können. In den schändlichen Jahren

mahlen die „KPD“ die Gefahren der Zersplitterung des Bürgertums, und warnen dringend vor dem weitergehenden Fortschreiten, die die vaterländischen Wehrverbände in ihrem Aufruf zur Sammlung gestellt haben und die darauf hinauslaufen, jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nach den Wahlen abzulehnen. Die „KPD“ schreiben dazu:

Die Wehrverbände sollen bedenken, daß es immer eine mögliche Sache ist, die Partei in den Schützeln einer philologischen Methode zu drängen und der alte politische Grundlag: „Man soll nie niemals sagen“, trifft auf die Lage in Sachsen besonders zu. ... Uns gilt die Sozialdemokratie als Gefahr, aber wir haben doch auch in Sachsen gerade unter den vaterländischen Männern gefunden, die, als es galt, konservativ zu wirken, im Gefühl ihrer Verantwortung über ihren Parteiführungen hinaus und in der praktischen politischen Arbeit konservativem Menschenverstand bewiesen.“

Nach dieser Anerkennung für die Vertreter der 23 Kampfgattungen sprechen die „KPD“ aus, daß man bei den eigenartigen politischen Verhältnissen mit einer Koalition zwischen den bürgerlichen Parteien bis zu den Reichstagswahlen rechnen müsse. Die nach den Wahlen höchstwahrscheinlich das Bündnis an der Spitze bilden würden. Die vaterländischen Verbände sollten doch bedenken, daß bei dem Festhalten an ihren Forderungen eine solche Koalition zerfallen würde und damit die Wiederkehr einer „Reigen-Phase“ heraufbeschworen würde. Deshalb müßte sich bei den kommenden Verhandlungen zwischen den vaterländischen Parteien und den Wehrverbänden eine weitestgehende Kompromißfindung finden lassen, die die einzelnen Parteien nicht für die Zukunft verliere. Es könne und dürfe nicht vergessen werden, daß das Ziel der Wehrverbände nur durch die Wahl einer bürgerlichen Mehrheit erreicht werden könne. Das Verlangen der bürgerlichen Parteien müßte unter der gemeinsamen Parole „Wie wieder der Sowjetjacobin“ erfolgen. Damit sprechen die „KPD“ aus, daß die Verhandlungsmöglichkeit der Wehrverbände auch mit der Volkspartei nicht unmöglich ist.

Man darf gespannt sein, ob trotz aller Differenzierungen der Sinnkreis der Wähler zum Bestehen des schwarz-weiß-roten Bündnis bei den in den nächsten Tagen stattfindenden Verhandlungen Erfolg haben wird. Die Furcht der bürgerlichen Parteien vor einer rauen Mehrheit im sächsischen Landtag muß für die Unhaltbarkeit der Verhandlung sein. Die Pläne zu erkennen und zur Abwehr zu rufen. Die Wahlparole der schwarz-weiß-roten Bürgerverbände muß entgegengeleitet werden die Mobilisierung der breiten Schicht der sächsischen Arbeiter unter dem Rufe: „Für ein rotes Sachsen!“

Die bayrische Feme

Gegen den bayrischen Justizminister Dr. Gürtner ist die Selbstmordklage erhoben worden, im Frühjahr 1921 die Würder des Reichers Hatzung, die bereits in Haft lagen und bei der zuständigen Staatsanwaltschaft als überführt galten, außer Verfolgung gesetzt zu haben. Für den Vorwurf ist ein ziemlich lächerlicher Wahrheitsbeweis erbracht worden. Die bayrische Regierung antwortet mit Verleumdungs- und Beschönigungsreden, kein Wunder! Steht doch das dem Justizminister zur Last gelegte Vergehen ein Verbrechen dar, das nach dem Strafgesetzbuch mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft werden muß.

Selbstverständlich wäre ein Tod derjenige, der etwa der Anklage huldigte, daß gegen Dr. Gürtner ein Verfahren betrieben werden müßte. Auch wenn die von der bayrischen Regierung angelegten Verleumdungs- und Beschönigungsreden mit einer noch fetteren Verleumdung des Dr. Gürtner in das Reich des Schuldlosen zu verfrachten sollten, selbst wenn die Unterdrückung des Feme-Kundens, die Ende September in München ihren Fortgang nehmen soll, neues und noch schwereres belastendes Material gegen Dr. Gürtner beibrächte, selbst dann würde dem Dr. Gürtner kein Staatsanwalt auf den Leib rücken können, rücken dürfen! Denn Dr. Gürtner ist nicht der allein Schuldige. Er gab im Frühjahr 1921 die interministerialen Anweisungen an die Staatsanwälte, gewiß als deren direkter Vorgesetzter; aber er, der damals noch als Ministerialrat im bayrischen Justizministerium lag, hat nicht auf eigene Faust gehandelt, sondern wiederum im Auftrage anderer und höherer Vorgesetzter. Und diese befehligen damals zum mindesten den Rang eines Ministers.

Grund genug, daß dann, wenn es zur erblichen Vernehmung der an dem Vorgang beteiligten Personen kommen sollte, das Gedächtnis verfallen würde, verfallen müßte. Denn der einen Gürtner der öffentlichen Stümpfung preisgegeben, indessen sich die vielen anderen Gürtner im Glanze der bayrischen Freiheit sonnen, das ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Bayerns nationale Belange erheben da wieder einmal dringend gefühlvolle Forderungen, wie sie in den letzten Jahren oft genug und mit gutem Erfolge gestellt wurde. Schon sind Verordnungen im Gange, die in Berlin befindlichen bayrischen Agenten des Untersuchungsamtes so schnell wie möglich wieder nach München zu bringen. Man wies warum.

Trotzdem gibt es im sozialdemokratischen Lager einige Optimisten, die aus Gründen einer angeblichen Koalitionslehre die Meinung äußern, die bayrische Volkspartei würde Herrn Gürtner fallen lassen und damit den Deutschnationalen das weitere Verbleiben in der Regierung unmöglich machen. Die Sozialdemokratie wäre dann die gegebene Partei, die in die Reichsregierung könnte.

Wir warnen leidenschaftlich. Gewisse oppositionelle Stimmen aus dem Reichslager dürfen nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß die bayrische Volkspartei faulbarerweise gewöhnliche Gründe vorpflichten, nicht das allerletzte Interesse an einer restlosen Aufklärung der in Bayern verübten Feme-Verbrechen einer nachträglichen Festsetzung der Schuldigen zu sein. Denn die bayrische Volkspartei war es selber, die die politische Einmischung der Feme-Verbrechen, ihre Hand lüschend über die Täter hielt, und einer korrupten Justiz die Fingerspitze gab, Mördern und Mordgehilfen die Strafen eines nationalen Selbstmordes zu flechten.

Die an Hatzung, Garvis, Sandmeier und anderen „Verübten“ verübten Feme-Verbrechen, die im Jahre 1921 stattfanden, waren nämlich nicht das Werk dieser um Hoch, Ehrgeiz und Allzulang. Sie waren die Arbeit und Leistung einer unwürdigen bayrischen Feme, die schon damals, als die bürgerlichen Führer des bayrischen Freiheitskämpfers ihr Amt noch gar nicht in München aufgeschlagen hatten und ihr blühendes Handwerk an Koalitionen oder revolutionärer Bestimmung Verdächtigen noch offen über konnten, behaftet mit dem Segen Koffers, der für viele Taten ganz die Verantwortung trug, da nach seiner großzügigen Rechtsauffassung „einer jedoch den Fingerring spielen mußte“.

Neue Feme-Verbrechen, mit denen Name und Verion des Dr. Gürtner verknüpft sind, sind blühendes Werk der bayrischen Einmischung gewesen, die ihren Hauptstich im Ringhotel in München koste, und die nicht nur Mittelmann und Sammelstelle aller nationalen Erneuerer war, die aus Reich und Süd beherbergt kamen, sondern die darüber hinaus auch die tatsächliche Regierungsmacht in Bayern in den Händen hatte. Kahr, Völkner, Gürtner, Feld und Heim tanzten nach ihrer Weise. Selbst ein Ehrhardt Auer hielt dieses machtbegiernde Gebilde für ein bodenständiges Gewächs, in dessen Schatten sich geliebt haben sollte, ein Ehrhardt, der Unwollenheit mit dem Kaufmann, führte sich, geführt auf die von ihm geschaffene Organisation, schon als zukünftiger Herrscher Deutschlands. Die Bestrafung vom Süden her, den Wittelsbacher im Hintergrund, den Flantenschmied im Vordergrund, Imperialisten und ungarischer Hartkorn zur Seite, solches ist dem Ziele der nationalen Bestrafung in wünschenswerten Schritten zu sein, den Sieg schon in greifbarer Nähe liegend - was galt da das Leben eines „Polizeiwitens“, eines „Berrüts“, Unlegen und fertig. Es entsprach es den bayrischen Belangen. Die Feme-Verbrechen in ihrer Bestrafung auch die bayrische Justiz. Die Einmischung der Koalitionen. Die Volkspartei sorgte für politische Deckung.

Wenn also jetzt die Schatten der in jenen Tagen Gemordeten heraufbeschworen werden und der Erde nach Sühne der den Angehörigen Verbrechen erhoben wird, dann darf sich die deutsche Volkspartei nicht damit begnügen, daß ein Untersuchungsamt die Akten öffnet und sich in juristischen Einzelheiten ergeht, bei denen am Ende doch nur ein paar arme Schächer gerichtet werden. Die Hauptkriminalisten müssen gefast und zur Verantwortung gezogen werden. Die Gemordeten modern unter der Erde. Die Gespenster des Ringhotels, die den politischen Verbrechen nur mehr wie ein Schatten erscheinen wollen, erziehen sich eines mitleidigen Lebens. Die bayrische Volkspartei ist jetzt noch lächerlich und lächerlich ihre Kraft. Sie politisch zu schämen und damit zugleich die Sühne ungetrieben bleiben zu lassen, das wird nun und nimmer Leistung eines Feme-Kundens sein und noch weniger das Werk bayrischer Gerechtigkeit sein können. Die Sühne liegt ausschließlich der deutschen Arbeiterbewegung ob.

Schwere Eisenbahnkatastrophe bei München

12 Tote, 27 Verletzte

Ein neues schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern vormittags 9 Uhr 10 Minuten in der Station Vengsbach zwischen Freiling und Kambodst ereignet. Der hochbesetzte Personenzug 88, der um 16 Uhr 17 Min. in München einsteigen sollte, stieß auf 3 Waggons des Zuges und dabei umgekippt, wobei es eine große Anzahl von Toten und Verletzten gab. Heute morgen wurden 12 Tote und 27 Verletzte gemeldet, nach anderen Meldungen soll sich die Zahl der Toten auf 15 erhöht haben. Diese kommen noch eine Reihe Verletzter.

Nach liegen von dem kühnsten Eisenbahnunglück in München am 24. Mai etwa 20 Personen in den Krankenhäusern, und schon kommt erneut die Meldung von einer schweren Eisenbahnkatastrophe, die wiederum 12 Menschenleben zum Opfer gegeben hat und bei der eine Anzahl schwer verletzt wurde. Die Ursachen des neuen Eisenbahnunglücks verläuft die Reichsbahnverwaltung auch diesmal genau wie bei dem Unglück am 24. Mai: Die Eisenbahn der Reichsbahn auf die Eisenbahn der Bayerischen Staatsbahn. Nach einer Erklärung der Reichsbahn soll der Lokomotivführer die vordringenden „Langsam-fahren“-Schilder übersehen haben. An der Unfallstelle werden gegenwärtig Gleisbauarbeiten vorgenommen. Mit dieser Meldung verläuft die Reichsbahnverwaltung die Schuld offenbar auf den Lokomotivführer abzuwälzen. Nach anderen Zeitungsmeldungen soll die menschliche Schuld bei einem Weichensteller zu finden sein, der angeblich nicht rechtzeitig Mitteilung gemacht haben soll, daß die Gleisbauarbeiten, bei denen die Weiche durch ein Provisorium ersetzt wurde, nicht ganz fertig geworden sind. Die bürgerlichen Zeitungen berichten heute morgen im Gegensatz zu der Mitteilung, die bei der Hauptverwaltung vorliegt, daß das Signal auf „Langsam-fahren“ nicht gestellt worden ist, und so dem Führer der elektrischen Lokomotive keine Schuld zumessen ist. Nach Mitteilung von Augenzeugen im „Arbeiterzeitung“ soll nach Angabe der in Frage kommenden Arbeiter die Durchfahrt der Weiche technisch vollkommen gewesen sein. Die 72 Tonnen schwere Maschine, sowie der Lokomotiv und 3 Personenwagen hätten angeblich die Weiche bereits passiert, als eine Panzierschraube eine Schraubenslinge fortstieß, wodurch die Weiche teilweise verlegt wurde. Dadurch ereignete sich das Unglück.

Das neue kühnste Unglück in München, das die Zahlen der Verunglückten in diesem Jahre wiederum erheblich erhöht, ist auch diesmal ohne Zweifel auf das herrschende System der Reichsbahnverwaltung zurückzuführen, die durch den unerbittlichen Aufbau von Arbeitern und Beamten und die dadurch einwirkende Fernabhaltung der Gleisbauarbeiten infolge der nurmehr zu geringen Arbeitszahl die Verkehrssicherheit gefährdet. Die Schuld an dem Tode der 15 Reisenden in München trägt

die Reichsbahnverwaltung, die Ursache der Katastrophen, die sich in erschreckendem Umfange vermehren, ist das Ausbeutertum der Damesbahn.

6 Arbeiter schwer verunglückt

Duisburg, 14. August. (Zeluzion.) Am Freitag ereignete sich beim Bau der neuen Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Hradfeld ein schwerer Unfall. Bei der Auslieferung der Betonarbeiten brach ein Gerüst ein, auf dem sich 6 Arbeiter befanden. Sie wurden 2 Meter in die Tiefe, 3 von ihnen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, einer davon, der sich einen Wirbelsäulenschuß zugezogen hat, schwer in Lebensgefahr.

Wichtige Protestkundgebungen gegen die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit

Berlin, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die in gehen von der kommunistischen Partei einberufene Protestversammlung gegen die kürzlichen Proklamationen der Polizei war so überfüllt, daß eine Barrikadenkampf ausgebrochen werden mußte. Es sprach Mühlentag, Hecker, sowie Vertreter der roten Jugend und des KPD. Während der Versammlung hatte sich auf den Straßen eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Die Polizei hand in großer Zahl unter Gewalt, geführt von demselben Offizier, der die Proklamationen im Redding leitete, und wiederum verlor, vergeblich die Waffen zu verweigern. Die beiden Massenungebungen haben gezeigt, daß die Berliner Arbeiter jeden Angriff auf das Koalitionsrecht und die Versammlungsfreiheit energisch zurückweisen werden. In beiden Versammlungen wurde eine Resolution eingebracht und angenommen, die schärfsten Protest erhebt gegen die brutalen und barbarischen Methoden der Polizei zur Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen, und für die Zukunft volle Freiheit dieser Versammlungen fordert, wie die Verfassung sie ausdrücklich gewährleistet und gleichzeitig die Verletzung der an der Polizei schuldigen Polizeibeamten verlangt.

Eine Schwindelmeldung

Berlin, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Berliner Polizeipräsidium veröffentlicht einen schamlos erfindlichen Bericht über Verhandlungen der Reichsleitung der KPD und des KPD im Polizeipräsidium anlässlich des Antrages eines Genossen gegen das Verbot der Protestkundgebung am Reichstag. Dort wird behauptet, die Vertreter der KPD hätten sich bereit erklärt, die Unterdrückung der KPD durch die Polizei zu ertragen. Die Berliner „Volkspartei“ macht daraus die infamste Lüge: „Die KPD als Ordnungspartei“.

er
e Marken, zu be
eizen Preisen
hinen
ert. - Größtes Lager
Teilzahlung besteht
ie Reparaturwerkstat
ierei und Dreher-
nbrüche, Einleimen
soll und bräunen
opitz,
amer irische
- und
waren
mpel, Pirna
Teilestraße und
tadt, Marktallee
abad
Jeden Freitag
und 4 Sonntag
allschau
Tageszeitung u. Frau
ANZEIGEN
haben den besten
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME
Stimmung
Kinder
Bautzen
tehr
Margarine
roten Koch
ben
äcknitz
u. Tanzlokal
Gr. Brüderg. 19
USTADT
Sachse
öbert
Drogen
mer
Modewaren
einbäckerei
aller Art